



© 2022 KFS

Für den Inhalt des Dokuments sind allein die Autor\*innen verantwortlich. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den Autor\*innen ausdrücklich verboten.

Zitierweise: Voss, Martin (2022): Konzept „Kompetenzhubs Resilienz und Schutz der Bevölkerung“. Berlin: KFS. Online verfügbar unter: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/publikationen/index.html>.

Katastrophenforschungsstelle (KFS)  
Freie Universität Berlin  
FB Politik- und Sozialwissenschaften  
Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10  
12165 Berlin

# 1 KONZEPT „KOMPETENZHUBS RESILIENZ UND SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG“

Vorschlag für eine Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber Krisen und Katastrophen durch

- Integration der gesamtgesellschaftlichen Präventions- und Steuerungskompetenzen des Zivil- und Katastrophenschutzes und -managements
- für komplexe Krisen und Katastrophen
- und resiliente Entwicklung

durch

- Einrichtung eines behördenunabhängigen Kompetenzzentrums
- Entwicklung einer subsidiär aufwuchsfähigen Kompetenzinfrastruktur.

## 2 HINTERGRUND

Seit dem zweiten Weltkrieg hat sich die globale und regionale Bedrohungslage gravierend verändert. Bis 1989 dominierte neben der steten Präsenz von Extremwettern und dem Risiko industrieller Großunglücke die Sorge vor einer atomaren Auseinandersetzung die Wahrnehmung und die Schutzvorkehrungen von Bund und Ländern. Nach einer Zwischenphase, in der Kapazitäten und Ressourcen vornehmlich zurückgebaut wurden, rückten ab 2001 neben Naturgefahren hybride und CBRN<sup>1</sup>-Bedrohungslagen in den Fokus. Mit der Pandemie und dem Angriff auf die Ukraine verändert sich das Handlungsspektrum des Krisen- und Katastrophenmanagements abermals grundlegend. Doch hat sich nicht nur das Gefahrenspektrum verändert, vielmehr sind Gesellschaften heute auf eine ganz andere Art vulnerabel und haben zugleich ganz andere Möglichkeiten, Krisen und Katastrophen vorzubeugen. So geht es heute nicht mehr allein darum, Gefahren zu identifizieren und vornehmlich technische Schutzmaßnahmen zu entwickeln und zu implementieren, sondern vielmehr darum, Gesellschaften insgesamt resilienter zu machen<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> CBRN steht für chemische, biologische, radioaktive und nukleare Gefahren.

<sup>2</sup> Am 13. Juli 2022 beschloss die Bundesregierung die „Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“, siehe [https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Nationale-Kontaktstelle-Sendai-Rahmenwerk/Resilienzstrategie/resilienz-strategie\\_node.html](https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Nationale-Kontaktstelle-Sendai-Rahmenwerk/Resilienzstrategie/resilienz-strategie_node.html) (zuletzt aufgerufen am 15.10.2022). Dabei handelt es sich weitgehend um eine Übertragung der globalen „Sendai“-Agenda ([https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fremd-Publikationen/SENDAI/sendai-rahmenwerk-2015-2030.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fremd-Publikationen/SENDAI/sendai-rahmenwerk-2015-2030.pdf?__blob=publicationFile&v=4), zuletzt aufgerufen am 15.10.2022, siehe Fußnote 3) auf die nationalen Kontexte. Inwieweit sich hieraus konkrete Maßnahmen ergeben, wird sich noch zeigen müssen. Aus Sicht des Autors fehlen dazu die institutionellen und personellen Kapazitäten.

Vertrauen in Institutionen und Akteure der gesamtgesellschaftlichen Gefahrenabwehr ist eine zentrale Ressource einer demokratischen Gesellschaft, denn die Komplexität der Herausforderungen und die Vielfalt an gesellschaftlichen Akteuren erfordern ein hohes Maß an Kohäsion und Engagementbereitschaft. Bislang wird der Schutz der Bevölkerung maßgeblich als Aufgabe von Behörden und Organisationen betrachtet, die heterogene Bevölkerung spielt dabei kaum eine aktive Rolle. Ziel muss es aber sein, alle gesellschaftlichen Kräfte anzusprechen.

Dazu braucht es geeignete Konzepte und Kapazitäten. So ist es erforderlich, neben der behördlichen eine zivilgesellschaftliche Kompetenzinfrastruktur zur Steigerung gesamtgesellschaftlicher Resilienz aufzubauen und erstere mit dieser komplementär zu ergänzen. Diese Kompetenzinfrastruktur muss deshalb **unabhängig, nichtbehördlich und selbständig** arbeiten können, zugleich aber aufs Engste die Kooperation mit einschlägigen Akteuren (Ministerien, Behörden und Organisationen, Privatwirtschaft, Vernetzung weiterer Forschungskompetenzen, jeweils national und international) suchen und fördern.

Das hier im Folgenden vorgelegte Konzept zielt auf die Steigerung gesellschaftlicher Resilienz. Die integrierte, systemische Betrachtung von Maßnahmen zur Reduktion von Krisen- und Katastrophenpotentialen und deren möglichen Folgen, von der lokalen bis zur globalen Ebene, ist dafür grundlegend. Obwohl die Herausforderungen (Klimawandel, Pandemien, geopolitische Verwerfungen, vulnerable Infrastrukturen etc.) omnipräsent sind, gibt es bislang weltweit keine annähernd den komplexen, miteinander verwobenen Schadenspotentialen angemessenen Kompetenzinfrastrukturen. Die zahlreich existierenden insularen Aktivitäten werden diesen Herausforderungen in keiner Weise gerecht. Versuche, eine Integration zu fördern, wie bspw. über das „European Civil Protection Knowledge Network“, bleiben weit hinter den Erfordernissen zurück.

Grundlegend ist eine Bestandsaufnahme: Was macht eine Gesellschaft resilient bzw. vulnerabler? Welche Ressourcen und Kapazitäten stehen welchen Risiken und Gefahren gegenüber? Der Mangel an entscheidungsrelevanten Informationen ist in einer hochvulnerablen Gesellschaft des fortgeschrittenen 21. Jh. existenzgefährdend. Ohne zu wissen, was wo in welchem Zustand vorhanden ist, ist ein öffentlicher Diskurs über eine adäquate Bedarfsplanung nicht möglich. Somit fehlt der Krisen- und Katastrophenprävention, der Gefahrenabwehr und dem Bevölkerungsschutz, letztlich einer nachhaltig angelegten Strategie zur gesamtgesellschaftlichen Resilienzsteigerung in Deutschland eine entscheidende „Gewaltenteilung“: die Bevölkerung bleibt ohne Möglichkeit aktiv und präventiv ausgerichtet an der Gestaltung mitzuwirken.

Informationen müssen – sofern nicht gesetzlich begrenzt – transparent aufbereitet und zusammengeführt werden. Entsprechende regulatorische Verbindlichkeiten sind zu schaffen. Es ist ergänzend hierzu erforderlich, laufend die ganze Breite der für den Krisen-, Zivil- und Katastrophenschutz (in Deutschland: „Bevölkerungsschutz“) relevanten Forschungsstände zu den verschiedenen Themenfeldern (national und vor allem auch international) zusammenzuführen, davon ausgehend weitere Forschungsbedarfe zu identifizieren, die EU sowie nationale Forschungsprogramme (wie bspw. des BMBF in Deutschland) bei entsprechenden Forschungsprogrammen zu beraten sowie

eigene Forschungen zu Querschnittsthemen, Entwicklungen und komplexen Fragen durchzuführen. In sicherheitsrelevanten Feldern gibt es Grenzen der Transparenz, doch darf der Verweis auf Sicherheitsrelevanz auch nicht einer effektiven Gestaltung nationaler Sicherheitspolitik zuwiderlaufen. Interministerielles (nicht-)Handeln muss neutral beobachtet werden, damit die Bevölkerung in die Lage versetzt werden kann, sich ebenfalls ein Bild von den jeweiligen sicherheitsrelevanten Politikken im föderalen System machen zu können.

Unter dem Dach der zivilgesellschaftlichen Kompetenzinfrastrukturen würden auch die nationalen und internationalen Entwicklungen analysiert und Strategien entwickelt, etwa zur weiteren Integration der nationalen in die europäischen und internationalen Prozesse (insbesondere SFDRR<sup>3</sup>, aber zu anderen globalen Agenden wie dem Paris-Agreement oder der Agenda für Nachhaltige Entwicklung, SDG<sup>4</sup>).

Das so aufbereitete Wissen ist thematisch transparent strukturiert und abrufbar aufzubereiten.

Dazu ist (auf EU-Ebene oder nationaler Ebene) ein *zentraler Hub* („Nationales zivilgesellschaftliches Kompetenzzentrum Resilienz“) zu implementieren. Dieser Hub bündelt die EU-weiten resp. nationalen Kompetenzen. Es ist kapazitär am stärksten ausgestattet. Auf der *regionalen Ebene* (in Deutschland bspw. auf der Ebene der Bundesländer) sind Hubs (regionale Kompetenzzentren) zu etablieren, die das für die regionalspezifischen Herausforderungen erforderliche Wissen bündeln und die erforderlichen Kompetenzen entwickeln. Auf der *lokalen Ebene* (in Deutschland etwa auf Kreisebene) sind strukturgleich die lokalen Herausforderungen zu analysieren, zu bewerten und mit den vorhandenen Kapazitäten in Relation zu setzen.

Zur Steigerung gesamtgesellschaftlicher Resilienz, zur Entwicklung integrierter Präventionsstrategien und im Falle einer Krise oder Katastrophe kann die jeweils betroffene Ebene auf die Ressourcen der übergeordneten Hubs zurückgreifen, die wiederum eng mit den behördlichen Organen zusammenarbeiten.

---

<sup>3</sup> Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030

<sup>4</sup> Sustainable Development Goals

Folgende übergreifende **Aufgaben** sind von den Hubs in unterschiedlichem Umfang skaliert zu übernehmen:

- Die Analyse von Verletzlichkeiten, strukturellen Abhängigkeiten und Beziehungsgeflechten, die die Resilienz der Gesellschaft beeinträchtigen können
  - Erstellung von Sachstandsberichten (ähnlich wie das IPCC zum Klimawandel, zusammenfassende Auswertung der Forschungsstände zu den Themenfeldern)
  - Erstellung von Risiko-, Gefahren- und Resilienzanalysen
  - Erstellung eines „Nationalen Resilienzberichtes“ (1-2-jährig), „Wissenschaftlicher Beirat“
- Identifikation von Schutzzielen
- Forschung
  - Identifikation von Forschungsbedarfen, Beratung von Fördermittelgebern und Programmen wie EU, BMBF, Stiftungen etc.
  - Durchführung eigener Forschung (eigen- und fremdfinanziert), Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung, „Real-time“ Resilienz-, Krisen- und Katastrophenforschung
- Beteiligung und Kommunikation
  - Gestaltung von BürgerInnendialogen und -foren
  - Organisation und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen unter Einbindung von Politik und Öffentlichkeit zur Schaffung von Sichtbarkeit für das Thema
  - Kommunikationsarbeit in Richtung Öffentlichkeit und Medien vor, während und nach Krisen und Katastrophen
- Bildung, Weiterbildung, Beratung
  - Bildungsangebot im Rahmen der schulischen und Erwachsenenbildung: Entwicklung von Curricula, Vorträge, Kurse („Train the Trainer“) etc.
  - Beratung von Politik, Verwaltung, Behörden, (Hilfs-)Organisationen, Wirtschaft, Medien und Öffentlichkeit etc.
  - Beratung der Nationale Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk (NKS) beim BBK
  - Fellowshipprogramm: regelmäßiger Aufenthalt von bis zu 10 internationalen ExpertInnen am Forschungszentrum für einen Zeitraum von 1-6 Monaten zur Optimierung des internationalen Austausches und gegenseitigem Lernen
- Internationaler „Think Tank“ – Beratung internationaler Organisationen & bei der Gestaltung internationaler Politikprozesse z. B. zu den UN Nachhaltigkeitszielen (SDG), dem SFDRR und dem Paris Agreement

### **3 THEMENFELDER/ARBEITSBEREICHE DER HUBS, HIER ZUNÄCHST MIT FOKUS AUF DEUTSCHLAND**

#### **1. Information und Ressourcen**

Die lange bekannte Informations- und Datenlücke muss geschlossen werden. Dazu sind verbindliche rechtliche Vorgaben an die verschiedenen Verwaltungsebenen zu formulieren. Dauerhaft grundfinanzierte Forschung kann diese Lücke bei entsprechender Ausstattung sukzessive weiter schließen, den Informationsstand aktuell halten und innovative Lösungen zu einem optimierten Wissens-, Informations- und Datenmanagement auch im Zuge der internationalen Vereinbarungen (SFDRR etc.) generieren.

#### **2. Risiko-, Gefahren- und Resilienzanalyse, Szenarien und Schutzziele**

In der Überarbeitung des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG) vom 2. April 2009 wurde mit dem §18 eine bundesweite Risikoanalyse des Bundes gemeinsam mit den Ländern gesetzlich festgeschrieben. Insbesondere im ersten halben Jahr der Corona-Pandemie fehlte es allenthalben an Orientierungswissen und konkreten Schutzzielen. Szenarien (klassisch worst-case, business as usual, best case) sind ein etabliertes und einfaches Mittel, ungewisse Zukünfte zu konkretisieren und damit differenziertere Vorbereitungen für mögliche Verläufe treffen zu können. Szenarien bilden die Grundlage für die vom BBK entwickelte Methode der Risikoanalyse, sie eignen sich aber auch für Betriebe, Schulen oder gar Haushalte.

#### **3. Folgen des Umwelt- und Klimawandels**

Die komplexen Folgen des Klimawandels reichen weit über das meteorologische Geschehen hinaus. Die Förderung gesellschaftlicher Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandel ist eine beispiellose Menschheitsaufgabe und bedarf noch weit mehr der Bündelung von Kompetenzen, als dies bislang der Fall ist. Dieser zentralen Herausforderung ist ein eigener Arbeitsbereich zu widmen. Eng damit einhergehend, wenngleich ursächlich nicht darauf reduzierbar, hat der dramatische Verlust an Biodiversität weitreichende Folgen, die bislang kaum öffentlich diskutiert werden.

#### **4. Zivilschutz**

Paradoxe Weise war der Bevölkerungsschutz bis 1989 gänzlich durch die Belange der zivilen Verteidigung, hier insbesondere durch den Luftschutz, determiniert. Seit 1989 wurde mit dem Einfahren der „Friedensdividende“ der Bevölkerungsschutz

insgesamt geschliffen und seit 2001 in Deutschland nur mehr auf hybride Bedrohungslagen, vornehmlich terroristische Gefährdungen und „zivile“ Katastrophen ausgerichtet. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat gezeigt: Es bedarf einer ganz grundlegenden Inventur und Neugestaltung des Zivilschutzes. Die Zivilschutzinfrastruktur ist veraltet und eine Übersicht über die Einsatzbereitschaft veralteter Fahrzeugbestände oder über die Belastbarkeit einer Treibstoff- oder Ernährungsnotfallversorgung usw. existiert nicht. Niemand weiß verlässlich, wo das Sirensystem funktioniert und welche Lücken bestehen – spätestens beim Zusammenwirken über MoWas müssen solche Informationen auch beim Bund vorliegen. Schutzbauten sind im nennenswerten Umfang nicht vorhanden, im Falle eines Angriffes steht die Bevölkerung gänzlich schutzlos da.

## 5. Vulnerabilitäten und KRITIS

In diesem Arbeitsbereich wird die notwendige Forschungskompetenz zur differenzieren, wiederum szenariospezifischen Bewertung von Vulnerabilitäten aufgebaut. Nur im Rahmen einer grundständig und dauerhaft finanzierten Forschungstätigkeit kann es gelingen, die sich ständig verändernde Verletzlichkeit zu monitoren und der Politik ressortübergreifend darauf bezogene Handlungsoptionen und Maßnahmen vorzuschlagen. Besondere Aufmerksamkeit müssen dabei solche Bereiche erhalten, die für verschiedene andere Leistungen entscheidend sind. Dabei sind nicht nur technische Infrastrukturen sondern auch sozio-kulturelle, wie bspw. das Bildungswesen als kritisch zu begreifen.

## 6. Gesellschaftlicher Wandel und sozialer Zusammenhalt

Individualisierung, demographischer Wandel, Veränderungen der Arbeitswelt, Digitalisierung, Globalisierung, Migration oder die Erosion traditioneller Rollenbilder verändern die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenhaltes als zentraler Resilienzresource. Gesellschaftliche Konfliktstrukturen verändern sich ebenso wie die Bereitschaft, sich an der politischen Meinungsbildung aktiv zu beteiligen. Das Verständnis dieser Dynamiken ist zentral für die Beantwortung von Fragen zu gesellschaftlicher Resilienz.

## 7. Freiwillige Hilfe, Ehrenamt und Helfermotivation

Freiwilliges Engagement hat in Deutschland eine lange Tradition, es bildet für den Schutz der Bevölkerung die tragende Säule. Heute treten in Deutschland unterschiedliche Engagementformen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auf. Im Zuge des gesellschaftlichen Wertewandels aber auch durch gestiegene Qualifikationsanforderungen und Mehrfachbelastung stehen Formen freiwilligen Engagements zunehmend in Konkurrenz mit Beruf, Familie und Hobbys. Die Dynamik der Veränderungen



erfordert eine ständige Weiterentwicklung der Bemühungen um den Erhalt dieser tragenden Ressource.

## **8. Selbstschutz und Selbsthilfefähigkeit**

Viel Aufmerksamkeit erhält seit Jahren die Frage der Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit, die von allen einschlägigen Studien als hochgradig defizitär beurteilt wird. Es ist vor dem Hintergrund sich dynamisch verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen kontinuierlich zu untersuchen, welche Maßnahmen zur Stärkung dieser zentralen Resilienzkomponente beitragen (etwa im Bereich der schulischen oder Erwachsenenbildung) und welche weiteren Einflüsse die Selbsthilfefähigkeit positiv und negativ beeinträchtigen.

## **9. Kommunikation und Warnung**

Kommunikation ist Bedingung für sozialen Zusammenhalt, der wiederum die wichtigste Ressource des Bevölkerungsschutzes ist. Risiko-, Krisen- und Katastrophenkommunikation folgt im 21. Jh. weniger denn je einem Skript – mehr als kohärente Kommunikationsstrategien bedarf es kompetenter KommunikatorInnen, die in der Lage sind, situativ und nachhaltig vertrauensstiftend mit einer hoch heterogenen Bevölkerung einerseits und nicht minder heterogenen professionellen Akteuren andererseits Risiken in einem Dialog zu besprechen und notwendige Maßnahmen in der Krise oder der Katastrophe zu vermitteln. Entsprechend differenzierte Forschung und prozessorientierte Expertise ist erforderlich, die in einer laufenden Krise, wiederum orientiert an Szenarien, diesbezüglich beraten kann.

## **10. Resilienz und Recht**

Art. 2, Abs. 2, Satz 1 GG: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Ob Klimaschutz oder Schutz der Bevölkerung – jede gesellschaftliche Krise stellt neue Anforderungen auch an das Recht. Resilienz impliziert, dass auch der rechtliche Rahmen sich entsprechend den sich verändernden Herausforderungen entwickelt. So hat bspw. die Corona-Pandemie die Frage neu aufgeworfen, ob es für zivile nationale Notstände und Krisen eines umfassenden rechtlichen Rahmens bedarf. Im Arbeitsbereich Resilienz und Recht werden alle Fragen behandelt, die sich aus Ansprüchen der Krisen- und Katastrophenprävention und einer optimierten Bewältigung ergeben und welche Handlungsspielräume das geltende Recht erlaubt bzw. wo es Anpassungsbedarfe gibt und wie diese gesetzgeberisch umgesetzt werden können.

## 11. Verhalten in Krisen und Katastrophen

Für die Aufrechterhaltung oder zügige Wiederherstellung der überlebenswichtigen Funktionen einer Gesellschaft in Krisen und Katastrophenfällen spielen Verhaltensweisen eine entscheidende Rolle. Wichtig ist vor allem, dass sich das menschliche Verhalten in Krisen- und Katastrophen im Zeitverlauf verändert. Eigentümlicher Weise ist das Wissen um das menschliche Verhalten in Krisen und Katastrophen in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit kaum untersucht und für die Belange bspw. des Katastrophenschutzes oder der psychosozialen Notfallversorgung aufbereitet worden.

## 12. Lessons to learn, Lessons Learned

Ein konstruktiver Umgang mit Fehlern im Sinne einer „Kultur der Fehlerfreundlichkeit“ kann, so sagt es der breite Forschungsstand, zu einem effizienten und nachhaltigen Lernen aus Fehlern führen. Neue Organisationsformen solcher Lernprozesse sind also erforderlich, die in einem engen und vertrauensbasierten Miteinander von externer, neutraler Forschung und BOS-Akteuren entwickelt werden müssen. In Deutschland gibt es im Übrigen anders als bspw. in den USA keine Finanzierungsmöglichkeiten für „Quick-Response-Forschung“, was eine unmittelbare Analyse einer laufenden Krise oder Katastrophe sehr erschwert. Lessons Learned Studien machen aber noch keine Verbesserung. Vollkommen unterschätzt wird bislang der Transfer von Lessons Learned-Befunden in die operative Praxis. Dieser Transfer stünde mit Mittelpunkt dieses Arbeitsbereichs. Es spricht eine eigene Sprache, dass sich Behörden und Organisationen in der Regel selbst hausintern evaluieren. Dies läuft einer demokratischen Fehlerkultur und somit letztlich einer resilienten Katastrophenkultur zuwider. Die Kompetenzhubinfrastruktur böte den Rahmen für einen systematischen Lern- und Entwicklungsprozess.

## 13. Auslandskatastrophenhilfe und humanitäre Hilfe

Krisen und Katastrophen werden in der Zukunft zunehmend grenzüberschreitend Auswirkungen haben und mehr noch als bisher internationale Kooperationen erfordern. Bislang erfährt das Engagement im Rahmen von Auslandskatastrophenhilfe oder humanitärer Hilfe keine nennenswerte übergreifende Beachtung im nationalen Bevölkerungsschutz. Einen integrierten Ansatz zur Verbindung der Katastrophenbewältigung im In- und Ausland gibt es bislang nicht. Ein solcher Rahmen ist im Einklang mit dem SFDRR zu entwickeln, mit der nationalen Strategie zu harmonisieren und entsprechende konzertierte, effiziente Maßnahmen (Kohärenz) auch in Bezug auf Synergien mit bspw. den Nachhaltigkeitszielen (SDG) oder dem Paris Agreement zum Klimawandel sind zu entwickeln.

## 14. Entwicklung und Erprobung (Reallabor, Living Lab)

Sowohl das THW als auch das BBK planen oder befinden sich im Aufbau von Reallaboren, in denen konkrete Lösungen erprobt und neue innovative Entwicklungsideen generiert werden können. Komplementär zu diesen Reallaboren werden im hier genannten Arbeitsbereich „Entwicklung und Erprobung“ für den Bevölkerungsschutz insgesamt relevante Entwicklungen analysiert (Horizon-Scanning, national und global) und im engen Austausch mit den BOS weiterentwickelt und ggf. an die Einrichtungen zur weiteren Spezifizierung vermittelt.

## 15. Operatives

Der Arbeitsbereich „Operatives“ umfasst Aspekte wie bspw. die Verbesserung von Kompetenzen zur Lagebilderfassung, er identifiziert szenariobezogen Optimierungspotentiale für die Stabsarbeit und Führung für Einsatztaktiken oder die interorganisatorische Zusammenarbeit und Kooperation von organisierten professionellen Kräften und den vielfältigen anderen Engagementformen usw. Der Arbeitsbereich wäre das nicht-behördliche, auf Forschung, Entwicklung und Beratung ausgerichtete Pendant zum „Gemeinsamen Kompetenzzentrum“ des BBK.

Zur Bewältigung der Herausforderungen durch komplexe Gefahren, Krisen und Katastrophen sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Diese Kräfte lassen sich nur durch eine starke Einbindung von und enge Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren mobilisieren.

## 16. Strategische Vorausschau

Das in den 15 genannten Arbeitsbereichen generierte Orientierungswissen bildet eine substantielle Grundlage für eine integrierte strategische Vorausschau. In einer sich radikal verändernden Weltordnung kommt es entscheidend darauf an, vorausschauend und ganzheitlich zu agieren. Das heißt nicht planen, sehr wohl aber heißt dies, gut informiert mögliche Zukünfte zu denken und daran orientiert strategisch und integriert zu agieren.

In diesem Arbeitsbereich werden Szenarien entwickelt und unter Verwendung verschiedenster Methoden (z.B. mittels Bürger\*innendialogen, Zukunftswerkstätten oder Delphi-Befragungen) werden die überaus komplexen Herausforderungen, von der Konfliktfrüherkennung bis zum Verfall sozialer Ordnungen und zentraler geopolitischer Strukturen, vom Klimawandel bis zum langanhaltenden Stromausfall oder nichtintendierten Folgen des Einsatzes künstlicher Intelligenz etc. strukturiert analysiert und darauf bezogene Maßnahmen – mit einer langfristig ausgerichteten strategischen Perspektive – entwickelt.



**Katastrophenforschungsstelle (KFS)**  
**Freie Universität Berlin**



<http://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung>